

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Mittwoch (Vormittag), 16. September 2015

Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion

**60 2012.RRGR.370 Postulat 087-2012 Matti (La Neuveville, FDP)
Regionalkonferenz Biel/Bienne-Seeland-Berner Jura**

Vorstoss-Nr.: 087-2012
Vorstossart: Postulat
Eingereicht am: 29.03.2012

Eingereicht von: Matti (La Neuveville, FDP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 4

RRB-Nr.: 763/2015 vom 17. Juni 2015
Direktion: Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion

Regionalkonferenz Biel/Bienne-Seeland-Berner Jura

Der Regierungsrat wird ersucht,

1. die Zweckmässigkeit einer – für den 25.11.2012 vorgesehenen – Abstimmung über die Gründung der Regionalkonferenz Biel/Bienne-Seeland-Berner Jura zu überprüfen
2. den Perimeter der besagten Regionalkonferenz zu überprüfen und eventuell zwei separate Konferenzen mit der Stadt Biel als Bindeglied zu bilden
3. die Projektautoren zu verpflichten, vorgängig und vor dem Hintergrund einer einfacheren und schlankeren Verwaltung die verschiedenen, im Berner Jura bereits bestehenden Strukturen zu überprüfen

Begründung:

Die in den vergangenen Wochen gemachten Äusserungen der verschiedenen politischen Akteure und Institutionen des Berner Juras haben klar gezeigt, dass es sowohl beim eigentlichen Projekt einer «Regionalkonferenz Biel/Bienne-Seeland-Berner Jura» als auch bei der Frage, ob die Vorlage den Stimmberechtigten bereits am 25. November 2012 zur Abstimmung vorgelegt werden soll, grosse Meinungsunterschiede gibt.

Das Abstimmungsergebnis im Oberaargau hat hinlänglich gezeigt, dass das Thema «Regionalkonferenzen» bei den Stimmberechtigten, die den Wünschen der politischen Organe nicht immer nachkommen, viele Fragen aufwirft.

Angesichts der heutigen Situation besteht ein hohes Risiko, dass die Regionalkonferenz-Biel/Bienne-Seeland-Berner Jura an der Urne abgelehnt wird.

Die zahlreichen Wortmeldungen im Berner Jura zeigen, dass die Bildung einer so grossen Regionalkonferenz, die den Berner Jura, die Stadt Biel und das Seeland umfasst, bezüglich Zweckmässigkeit und Perimeter nicht auf Einstimmigkeit stösst.

Meiner Meinung nach müsste man etwas Zeit gewinnen und in Bezug auf die Zweckmässigkeit eines so umfangreichen Vorhabens noch einmal über die Bücher gehen.

Regionalkonferenzen haben zwar Kompetenzen, die gesetzlich sehr gut definiert sind. Dennoch bilden sie eine zusätzliche Ebene zu bereits bestehenden Institutionen und Organisationen (BJR, Gemeindepräsidentenkonferenz, Deputation, IJV usw.), die ebenfalls bereits über mehr oder weniger klar definierte Kompetenzen und Befugnisse verfügen. Diese Kompetenzüberlagerung stört viele Bürgerinnen und Bürger, die darin eine Komplizierung des Ganzen und eine Stärkung staatlicher Interventionen sehen.

Im Vorfeld der Gründung einer künftigen Regionalkonferenz, zu der namentlich der Berner Jura

gehören wird, ist es meiner Ansicht nach nötig und dringend, die jeweiligen Kompetenzen und Befugnisse all dieser übergeordneten Instanzen eingehender zu analysieren, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden.

Zudem ist es im Wissen darum, dass die verschiedenen beteiligten Akteure oft unterschiedliche Bedürfnisse und Erwartungen haben, angebracht, den Perimeter eines solchen Projekts sowie die Zweckmässigkeit, den Berner Jura und das Seeland unter ein und dieselbe Organisation zu stellen, zu überprüfen.

Ich bin ausserdem der Überzeugung, dass sich dieser Perimeter mit den bestehenden Verwaltungsorganisationen decken sollte, und schlage daher vor, die Möglichkeit zu prüfen, auf die ursprüngliche Idee zurückzukommen, die vorsah, zwei separate Konferenzen mit Biel als Bindeglied zu schaffen (Biel würde beiden Regionalkonferenzen angehören).

Im Bestreben nach einer einfacheren, schlankeren und transparenten Verwaltungsstruktur braucht es diese Prüfung, um der Bevölkerung im Vorfeld einer Abstimmung eine ausführliche und vollständige Information zu gewährleisten. Dies scheint mir heute indessen nicht der Fall zu sein, weshalb ich es für nötig halte, die Abstimmung vom 25. November 2012 zu verschieben.

Antwort der Regierungsrats

Am 11. Dezember 2013 verabschiedete der Regierungsrat seine Antwort auf das Postulat Matti zuhänden des Grossen Rates. Er beantragte die Annahme und gleichzeitige Abschreibung von Ziffer 1 sowie die Ablehnung der Ziffern 2 und 3. In der Abstimmung im Grossen Rat vom 20. Januar 2015 verlangte die Deputation das «vote séparé». Während die Deputation mehrheitlich für die Annahme der Ziffern 2 und 3 stimmte, lehnte der Grosse Rat die beiden Ziffern deutlich ab. Gemäss Art. 54 Abs. 2 der Geschäftsordnung (GO) des Grossen Rates¹ wurde das Geschäft nochmals an den Regierungsrat zurückgewiesen².

Zum damaligen Zeitpunkt lag dem Regierungsrat ein Gesuch zur Ansetzung einer regionalen Volksabstimmung in der Region Biel/Bienne-Seeland-Jura bernois (BBSJB) vor. Diese sollte am 28. September 2014 stattfinden. Der Regierungsrat kam im Lichte der Grossratsdebatte zum Schluss, dass für die Einführung einer Regionalkonferenz (RK) im Perimeter Biel/Bienne-Seeland-Jura bernois vorerst ein Zwischenstopp eingelegt werden sollte. Eine Arbeitsgruppe³ unter der Leitung von alt Regierungsrat Mario Annoni erhielt den Auftrag, die Anliegen des Postulanten und die Zweckmässigkeit der Einführung einer oder zweier Regionalkonferenzen in der Region BBSJB zu prüfen. Der Schlussbericht der Arbeitsgruppe wurde dem Regierungsrat am 22. April 2015 zur Kenntnis gebracht.

Die Arbeitsgruppe hat nebst der Frage nach dem RK-Perimeter auch das Verhältnis der beiden Varianten⁴ auf die bereits im Berner Jura und im Seeland bestehenden Organisationen und Strukturen abgeklärt. Aufgrund der Beratungen und der Konsultationsergebnisse bei den betroffenen Gemeinden schlug die Arbeitsgruppe vor, im Berner Jura eine Regionalkonferenz zu bilden, der auch Biel und Leubringen angehören, während im Seeland die bestehenden Strukturen vorerst beibehalten werden sollten. Diese Strukturen sollten mit einem Gemeindeverband über den gesamten Perimeter Biel/Bienne-Seeland-Jura bernois zur gemeinsamen Finanzierung der regional bedeutsamen Kulturinstitutionen ergänzt werden.⁵

Gemäss Art. 54 Abs. 3 GO hat der Regierungsrat die Deputation am 03. Juni 2015 angehört. Die Deputation ist aufgrund der Ergebnisse des Berichtes Annoni der Meinung, dass im Moment auf die Bildung einer Regionalkonferenz im Perimeter BBSJB verzichtet und zuerst die Evaluation SARZ abgewartet werden soll.

Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass die Perimeterfrage nicht losgelöst von der Aufgabenerfüllung der Regionalkonferenzen beantwortet werden kann. Eine Verkleinerung der Perimeter ohne gleichzeitige Anpassung der obligatorischen Aufgaben ist aus Sicht des Regierungsrates nicht sinn-

¹ BSG 151.211

² Zu Ziffer 1 hat der Grosse Rat mit 149 JA-Stimmen und einer Gegenstimme beschlossen, diese anzunehmen und gleichzeitig abzuschreiben.

³ Zusammensetzung der Arbeitsgruppe: alt Regierungsrat Mario Annoni (Leitung), Postulant, Mitglieder der Deputation, des Conseil du Jura bernois (CJB), der Conférence des maires du Jura bernois et du district bilingue de Bienne (CMJB), des Conseil des affaires francophones du district bilingue de Bienne, des Koordinationsgremiums Regionalkonferenzen BBSJB, der Stadt Biel, des Vereins seeland.biel/bienne sowie Vertreter der JGK und der ERZ

⁴ Variante 1: Bildung einer Regionalkonferenz für die Region BBSJB

Variante 2: Bildung von zwei Regionalkonferenzen mit Biel als Bindeglied

⁵ Der detaillierte Bericht kann unter www.be.ch/regionalkonferenzen eingesehen werden.

voll. Insbesondere in den Bereichen öffentlicher Verkehr und regionale Kulturförderung können die Aufgaben nicht oder zumindest nur teilweise in verkleinerten Perimetern wahrgenommen werden. Die mit einer Regionalkonferenz angestrebte Stärkung, Vereinfachung und Optimierung der regionalen Aufgabenerfüllung würde mit der Auftrennung der heutigen Strukturen zu einem grossen Teil aufgegeben. Ausserdem hätte eine Neuregelung der obligatorischen Aufgaben eine Anpassung diverser Erlasse zur Folge.

Der Regierungsrat will deshalb vorerst an den heute geltenden Regionalkonferenz-Perimetern festhalten. Er will – genau wie die Deputation – zuerst das Ergebnis der geplanten gesamtheitlichen Evaluation zum Projekt Strategie für Agglomeration und regionale Zusammenarbeit (SARZ) abwarten. Der Evaluationsbericht wird auf Ende 2016 erwartet. Er soll zu gegebener Zeit aufzeigen, welcher Handlungs- und Optimierungsbedarf bezüglich der Regionalkonferenzen besteht.

Die Anliegen des Postulanten wurden mit der Einsetzung und dem Bericht der Arbeitsgruppe erfüllt. Ziffer 1 des Vorstosses hat sich in der Zwischenzeit insofern erübrigt, als am 25. November 2012 keine regionale Abstimmung stattgefunden hat. Der Regierungsrat beantragt daher Annahme und gleichzeitige Abschreibung des Vorstosses.

Der Regierungsrat beantragt:

Annahme und gleichzeitige Abschreibung

Präsident. Wir kommen zum Traktandum 60, das Postulat Matti «Regionalkonferenz Biel/Bienne-Seeland-Berner Jura». Der Antrag der Regierung lautet auf Annahme mit gleichzeitiger Abschreibung. Die Motion wurde von Herrn Grossrat von Känel übernommen. Ist er einverstanden mit dem Antrag der Regierung? – Das ist der Fall. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wir stimmen also ab. Wer dem Postulat zustimmen und es gleichzeitig abschreiben will, stimmt ja, wer das ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme und gleichzeitige Abschreibung

Ja	134
Nein	0
Enthalten	1

Präsident. Der Grosse Rat hat das Postulat angenommen und gleichzeitig abgeschrieben.